



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

30. Juni 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

die **Terroranschläge in Tunesien, Kuwait und Frankreich** haben uns alle erschüttert. Der Anschlag in Tunesien ist nicht nur ein Anschlag auf unschuldige Menschen, sondern auch ein Angriff auf die noch junge Demokratie. Deutschland muss mit Tunesien jetzt noch stärker politisch und wirtschaftlich zusammenarbeiten, um die zu erwartenden Ausfälle im Tourismus abzufedern und den Aufbau des Rechtsstaats weiterzubringen.

+++ Filmvorführung+++

Ich lade Sie herzlich ein zur Filmvorführung von **„Willkommen auf Deutsch“** mit anschließender Gesprächsrunde am Freitag, **10. Juli 2015, 19.00 Uhr** im **Saalbau Kino Pfungstadt**.

Der Dokumentarfilm zeigt was passiert, wenn Menschen aufeinander prallen, die einander fremd sind. Über einen Zeitraum von fast einem Jahr begleitet der Film Flüchtlinge und Anwohner in einem 400-Seelen-Dorf in der Lüneburger Heide.

19.00 Uhr Beginn der Filmvorführung

20.30 Uhr Gesprächsrunde:

Brigitte Zypries, MdB

Halima Gutale, Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Pfungstadt

Johannes Borgetto, Koordinationskreis Asyl Darmstadt

Moderation: **Simon Schüller**, Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hier gibt es die [Einladung](#). Der **Eintritt** ist **frei**, bitte melden Sie sich über dieses [Anmeldeformular](#) an!

Der **Verhandlungsabbruch mit Griechenland** war die zweite, das Wochenende bestimmende Nachricht. Nach so schwierigen und langen Verhandlungstagen und -nächten ist das eine frustrierende Situation. Der Verlauf dieser Woche und der Ausgang der Bürgerbefragung ist jetzt entscheidend für das griechische Volk. Auf der nächsten Seite mehr dazu.

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht, es gab auch gute Nachrichten in den letzten Tagen – und die betreffen zum Beispiel Darmstadt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat beschlossen, die **Sanierung der Kunsthalle** mit 100.000 Euro zu unterstützen! Gemeinsam mit Ruth Wagner und Dagmar Metzger hatte ich mich sehr für die Bereitstellung dieser Mittel eingesetzt – deshalb freue ich mich so, dass es Erfolg hatte!

Am Samstag war außerdem Parteitag der Darmstädter SPD. Dort bin ich als **Spitzenkandidatin für den kommenden Kommunalwahlkampf** gewählt worden. Zusammen mit mir steht auf der Liste ein engagiertes Team junger Sozialdemokratinnen und -demokraten – und zwar auf den vorderen Plätzen. So wollen wir im nächsten Jahr, am 6. März, wieder stärkste Kraft in Darmstadt werden!

Ende der Woche beginnt die parlamentarische Sommerpause. Wir aber hören noch voneinander – oder sehen uns zwischendurch: Zum Beispiel bei meiner traditionellen Wahlkreis-[Sommerwanderung](#) oder beim Heinerfest! Wann und wo steht [hier](#).

Herzliche Grüße

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Darmstadt in der ersten Bundesliga!

Am 14. August beginnt die neue Bundesligasaison. Im ersten Spiel treffen die Lilien auf Hannover 96 im Stadion am Böllenfalltor. Anpfiff ist um 20.30 Uhr. Doch nicht nur die erste Mannschaft des SV 98 Darmstadt hat es in die erste Liga geschafft. Die U19-Mannschaft der Lilien erkämpfte sich am 27. Juni den Aufstieg in die höchste Spielklasse. Somit konnte der Traditionsverein in nur zwei Jahren gleich drei Aufstiege feiern. Die Mannschaften haben sich bewährt, werden jetzt aber gegen schwierigere Gegner bestehen müssen. Ich wünsche den Lilien viel Glück!

Den Spielplan zur neuen Saison findet man [hier](#).

Griechenland – eine entscheidende Woche für Europa hat begonnen

Morgen beginnen wir die Bundestagssitzung mit einer Debatte zu Griechenland. Die Bundeskanzlerin, der Vizekanzler und der Finanzminister werden sich zu den Ereignissen des Wochenendes und zu den Erwartungen an den Verlauf dieser Woche äußern.

Die Situation, in der wir uns jetzt nach dem Verhandlungsabbruch befinden, haben viele Menschen zu verhindern versucht. Noch in den letzten Tagen haben die Vertreter von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds und auch die Eurogruppe selbst ein sehr weitgehendes Angebot unterbreitet, ein **Angebot, das in seinen Verhandlungsmöglichkeiten weiter geht als alles, was bislang zur Lösung der Krise in Griechenland angeboten wurde.** Es ist mit Bedacht und vor dem Hintergrund der kritischen wirtschaftlichen und schwierigen sozialen Lage Griechenlands formuliert worden.

So ein Angebot ist natürlich immer verbunden mit der Voraussetzung, dass die Bedingungen, die Griechenland selbst schon akzeptiert hatte, auch eingehalten werden. Und **zu den Regeln von Finanzhilfen im Euro-Raum gehört es, dass sich beide Seiten zum Beispiel darüber verständigen, auf welche Weise Schulden abgebaut werden** und wie die Wirtschaftskraft eines Landes wieder erreicht werden kann. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt der Krisenlösung.

Die griechische Regierung hat sich nun aber entschlossen, die Angebote nicht weiter zu verhandeln. Und **Europa kann nicht dauerhaft bedingungslose Finanzhilfen geben.** Nicht nur die griechische Regierung muss ihr Handeln vor ihrer Bevölkerung rechtfertigen, alle anderen europäischen Regierungen müssen das auch tun.

Dass die griechischen Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum entscheiden wollen, ist absolut legitim. Es muss aber auch klar sein, worüber entschieden wird: Im Kern geht es um ein „Ja“ oder „Nein“ zum Verbleib in der Eurozone. Wer ein Land verantwortungsvoll regiert, muss das den Bürgern offen sagen.

Wir können jetzt nur an die griechische Regierung appellieren, sich auf die Prinzipien und Regeln des gemeinsamen Europas zu besinnen und für „Ja“ zu werben.

Das Wort „Krise“ kommt aus dem Griechischen – es bezeichnet ursprünglich den Punkt der Entscheidung, den Höhepunkt und Moment der entscheidenden Wendung im Verlauf einer Geschichte. **Hoffen wir darauf, dass die Krise dieser Woche einen Wendepunkt zum Guten bedeutet.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Sterbehilfe – keine neuen Straftatbestände schaffen!

Am Donnerstagmorgen steht im Bundestag das Thema Sterbehilfe auf der Tagesordnung. Während der letzten Monate sind aus den Reihen der Abgeordneten verschiedene Gesetzentwürfe erarbeitet worden. Sie werden nun vorgestellt und im Herbst soll abgestimmt werden – ausdrücklich ohne den sogenannten Fraktionszwang, weil es sich um eine Gewissensentscheidung handelt.

Ich bin der Meinung, dass wir im Strafrecht keine Gesetzesänderung bei der Beihilfe zum Suizid brauchen. Deshalb stelle ich, gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten von den Grünen, der CDU, SPD und den Linken, den Antrag, keine neuen Straftatbestände bei Sterbehilfe zu schaffen.

In Deutschland ist die Tötung auf Verlangen, anders als in anderen europäischen Nachbarstaaten, unter Strafe gestellt. **Wenn Menschen sich aber selbst töten, begehen sie keine Straftat. Einen Menschen bei einer Handlung, die nicht strafbar ist, zu unterstützen, kann folglich auch nicht strafbar sein.** So ist es im Augenblick gesetzlich geregelt. Ich sehe keinen Grund, diese Rechtslage zu verändern. Die Erfahrungen mit Sterbehilfe in den vergangenen Jahren zeigen, dass alle Beteiligten, also Ärzte, Angehörige und Institutionen, sehr wohl in der Lage sind, Sterbewillige würdevoll und respektvoll zu unterstützen. Insbesondere ist sichergestellt, dass kein Mensch – wie subtil auch immer – zu einer Selbsttötung gedrängt wird.

Menschen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, mit dem Gedanken tragen, ihr Leben selbst zu beenden, sollen uneingeschränkt Zugang zu ergebnisoffener Beratung und Unterstützung haben. Auf diesem Wege können sie möglicherweise auch wieder von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. **Ob diese Menschen sich ihren Angehörigen oder dem Arzt ihres Vertrauens zuwenden oder aber einem unabhängigen Sterbehilfeverein, sollte ihre Entscheidung bleiben und nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben werden.**

Müssten die Ärzte oder Vereine im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit Sorge haben, sich strafbar zu machen, würde den Betroffenen dieser Weg versperrt. Vereine und Ärzte handeln immer geschäftsmäßig, weshalb auch die geschäftsmäßige Hilfeleistung straffrei bleiben muss.

Die geltenden Vorschriften im Arzneimittelgesetz und Betäubungsmittelgesetz haben auch bisher schon verhindert, dass organisierte Sterbehilfe in Deutschland zu einem Massenphänomen wurde. Der Sorge, dass im Einzelfall der Sterbewunsch eines Menschen kommerziell ausgebeutet wird, kann durch gewerberechtliche Regulierung außerhalb des Strafrechts entgegengetreten werden. Ich finde: **Unseriöse Angebote verhindert man am besten durch Sicherstellung professioneller Angebote** und nicht durch die strafrechtliche Ahndung derselben.